

Dolmetschen in der sozialen Arbeit und im Gesundheitswesen finanzieren

Alle Menschen, die im Land Bremen leben, haben einen Anspruch auf Zugang zu Beratung, medizinischer und therapeutischer Unterstützung und Versorgung nach geltenden Standards und in hoher, professioneller Qualität. Dies ist unabhängig davon, ob sie die deutsche Sprache sprechen oder nicht und gilt in besonderer Weise für Menschen, die Gewalt erleben und erlebt haben. Dazu gehören viele Frauen und Mädchen.

Beratung und Therapie leben von Sprache. Eine angemessene und verständliche Aufklärung vor medizinischen Behandlungen ist Bedingung jeder Behandlung. Soziale Arbeit kann ihre Qualität nur umsetzen, wenn sie Beziehung gestalten kann und die sprachliche Kommunikation auf angemessenem Niveau möglich ist. Die Sicherstellung und Finanzierung von fachkundiger Sprachmittlung ist unerlässlich.

Der Anspruch auf Teilhabe gilt auch für nach Deutschland eingewanderte Menschen. Voraussetzung von Teilhabe und Gerechtigkeit sind sprachliche und kommunikative Teilhabe. Das Fehlen von Sprachmittlung verhindert dies. Mit öffentlichen Geldern finanzierte Angebote müssen für alle zugänglich sein.

- ✓ Dolmetsch-Dienste sollen ein Regelangebot und finanziell gesichert sein.
- ✓ Die Finanzierung von Sprachmittlung muss unbürokratisch möglich sein. Die Inanspruchnahme durch freie Träger darf nicht zu zusätzlichen Kosten führen.
- ✓ Die Sprachmittlung in Beratung, Therapie und medizinischer Behandlung erfordert mehr als Sprachkenntnisse. Dolmetschende sollten für die Arbeit in Beratung, Therapie und Behandlung ausgebildet sein.
- ✓ Für zeitnahe Erstgespräche müssen Dolmetsch-Dienste kurzfristig erreichbar sein.
- ✓ Um die Schweigepflicht zu wahren, muss die Möglichkeit bestehen, Dolmetsch-Dienste anonym anzufordern, ohne die Identität der Ratsuchenden preisgeben zu müssen.
- ✓ Die Qualität und Organisation des in Bremen bestehenden Dolmetscherdienstes beim Gesundheitsamt muss langfristig gesichert sein und bei Bedarf kostenfrei genutzt werden können.
- ✓ In Einrichtungen und Behörden arbeiten Menschen mit vielfältigen Sprachkenntnissen. Diese sollten auch bei Einstellungen als Qualifizierungsmerkmal anerkannt werden. Behörden sollten die Nutzung von Mehrsprachigkeit aktiv voranbringen und dazu beitragen, dass die Potenziale von Mitarbeitenden ratsuchenden Menschen zugutekommen. Die Einrichtung eines Behördendolmetsch-Dienstes sollte angestrebt werden.

Wir fordern die Verantwortlichen in den Parteien dazu auf, die Finanzierung von Sprachmittlung in den Koalitionsvertrag aufzunehmen und verbindlich zu regeln.

ADA, Arbeit und Leben; AK Gewalt gegen Frauen und Mädchen; Autonomes Bremer Frauenhaus; ASB Gesellschaft für Zuwandererbetreuung mbH; AWO Fachdienst für Migration & Integration; AWO, Bereich Betreutes Wohnen für Menschen mit Suchterkrankung; Betreuung für Betroffene von Menschenhandel und Zwangsprostitution (BBMeZ); Bremer Rat für Integration; Bremer JungenBüro; Bremische Evangelische Kirche, Landesverband Evangelische Tageseinrichtungen für Kinder; Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, ZGF; Deutscher Kinderschutzbund LV Bremen; DEVA Interkulturelle Kompetenz in der Kinder- und Jugendhilfe; familiennetz bremen; Flüchtlingsrat Bremen; Frauengesundheitszentrum Bremen e.V.; Frauenhaus der AWO Bremen; Frauengesundheit in Tenever; Haus der Familie Tenever; Hebammenlandesverband Bremen e.V.; iaf e.V. Bremen; interkulturelles gesundheitsnetzwerk bremen (ign); Leibniz - Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie - BIPS GmbH, Abt. Prävention und Evaluation; Mädchenhaus Bremen e.V.; Mädchentreff „Lilas Pause“; Mütterzentrum Osterholz-Tenever e.V.; Neue Wege, Wege aus der Beziehungsgewalt, Reisende Werkschule Scholen e.V.; Ökumenische Ausländerarbeit e.V.; pro familia Landesverband Bremen e.V.; notruf, Psychologische Beratung bei sexueller Gewalt; RAT & TAT – Zentrum Verein für queeres Leben; Refugio Bremen; Schattenriss, Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen e.V; Stalking-Kit, Krisenintervention bei Stalking und Häuslicher Gewalt; Therapie und Krisenberatung Bremen; Trauerland - Zentrum für trauernde Kinder und Jugendliche e. V.; Verband binationaler Familien und Partnerschaften; Vielfalt e.V.; Zentrum für Pflegeforschung und Beratung Hochschule Bremen; Wendo Netzwerk Nord-West; Zentrum für Migranten und Interkulturelle Studien - ZIS e.V.; Zuflucht - Projekt Stadtteilmütter und –väter im Bremer Westen der Bremischen ev. Kirche

Weitere engagierte Fachleute aus Behörden und Einrichtungen haben den Forderungen darüber hinaus zugestimmt.

Stand: 29.4.2015